
2001/J XXII. GP

Eingelangt am 09.07.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag.^a Gisela Wurm, DDr. Niederwieser
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Personal für LKW-Kontrollstelle an der A12 bei Radfeld

Seit Jahresbeginn herrscht auch in Tirol praktisch freie Fahrt für LKW. Massive Verkehrszunahmen im Ausmaß von 10% wurden verzeichnet. Alle 5 Sekunden donnert in einer Fahrtrichtung ein LKW über die A 12 bei Radfeld.

In Kürze soll auch in nördliche Fahrtrichtung der A 12 im Bereich Radfeld eine Stelle zur Kontrolle des Güterverkehrs im Tiroler Inntal geschaffen werden. Fraglich ist, mit welchem Personal die technisch anspruchsvollen Kontrollen tatsächlich durchgeführt werden sollen.

Die *Tiroler Tageszeitung* vom 29.06.04 zitiert in diesem Zusammenhang „Strassers Büro“, wo man die Auskunft bekommen habe, dass „noch keine konkreten Personalzahlen für Radfeld“ vorlägen, dass aber "eine hohe Kontrolldichte gewährleistet werden soll" und weiter: „Ziel sei es, von den 4000 Lkw (das Land spricht von 5000), die pro Tag und Fahrtrichtung auf der A 12 rollen, 20% zu überprüfen". Laut Herrn Allinger-Csollich werde die Kontrolldichte der Kontrollstelle Kundl (=14 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche) auch für Radfeld angestrebt, allerdings mit dem Nachsatz: "Sofern dies im Rahmen der Personalressourcen möglich ist."

LH DDr. van Staa hegt ebenso wie wir die in seinem Schreiben vom 07.05.04 (LH-VE-16) an Sie zum Ausdruck gebrachte Befürchtung, dass ohne ausreichende Zurverfügungstellung von zusätzlichen Beamten der Gendarmerie keine Kontrollen -entsprechend dem avisierten Ziel von 20% aller LKW im Bereich Radfeld- durchgeführt werden können.

Auch die Grünen gehen in dieser Frage weitestgehend mit der Ansicht der Tiroler Landesregierung d'accord. Die politische Landschaft Tirols fordert in dieser Frage nahezu

geeint die Einlösung Ihrer oftmaligen Versprechen nach Erhöhung des Personalstandes.

Auch die Abteilung Verkehr der Tiroler Landesregierung weist in ihrem Schreiben vom 12.01.2004 (Iib2-1-11-1/384) klar darauf hin, dass ausschließlich durch die ASFINAG durchgeführte Kontrollen aus verschiedenen Gründen als nicht zweckmäßig erachtet werden

dürfen. Es geht kein Weg daran vorbei, dass die Effizienz der Kontrollen nur mit Hilfe einer in qualitativer und quantitativer Hinsicht gut ausgerüsteten Exekutive gewährleistet ist.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage

- 1) Wie vieler zusätzlicher Beamten bedarf die zu errichtende Kontrollstelle in Radfeld, um wie an der Kontrollstelle bei Kundl Kontrollen im Ausmaß der geforderten 440 Stunden pro Monat sicherzustellen?
- 2) Woher werden diese für Radfeld notwendigen Beamten „rekrutiert“ und welchem Gendarmerie-Dienstposten bzw. welcher Abteilung sollen diese zugeordnet werden?
- 3) Können Sie kursierende Gerüchte bestätigen bzw. dementieren, dass die Schaffung einer eigenen gemeinsamen Dienststelle für Radfeld und Kundl auf Basis des derzeit ausschließlich für die Kontrollstelle bei Kundl zur Verfügung gestellten Personals beabsichtigt ist und dass damit in Hinkunft eine bloß wechselseitige Kontrolltätigkeit in beide Fahrrichtungen stattfinden wird?
- 4) Ist Ihnen bewusst, dass bei Umsetzung dieses in Frage 3 angeführten Plans es zu einer Reduktion des Kontrollausmaßes pro Fahrrichtung auf nur mehr 10% statt der beabsichtigten 20% kommen wird und befürworten Sie dies?
- 5) Wie viele jener gemäß Ihres mit Schreiben vom 06.11.03 an die damalige Verkehrslandesrätin Dr. Hosp angekündigten Versprechens nach Zurverfügungstellung von 25 zusätzlichen Beamten für alle Kontrollen in Tirol wurden bis 01.07.04 tatsächlich eingesetzt?
 - a) Sofern dieses Versprechen noch nicht eingelöst wurde - wann wird Tirol damit rechnen können?
- 6) Wie stehen Sie zu dem Vorschlag des LH DDr. van Staa, das Personalproblem an der Kontrollstelle Radfeld mittels jener ehemaligen Zollwachebeamten aus dem Tiroler Oberland, deren Wunsch nach einem Wechsel zur Gendarmerie bislang nicht Rechnung getragen wurde, zumindest teilweise zu lösen?

7) Angesichts der besorgniserregenden Faktizität, dass sich das LKW-Aufkommen an der A 12 künftig weiterhin massiv erhöhen wird - existieren bereits konkrete Pläne für eine zukunftsorientierte Personalpolitik, um in Anbetracht eines weiteren Anstiegs des Güterverkehrs eine Kontrolle von zumindest 20% aller LKW dauerhaft zu ermöglichen und wie lauten diese?